

Entwicklungspolitik und MDGs

Ohne Kommunen wird's nix

Der New Yorker Gipfel zu den Millennium Development Goals (MDGs) zog eine teils düstere Zwischenbilanz. Positiv sind hingegen die vielen Initiativen kommunaler Entwicklungspolitik – und es ist dafür eine stabile Basis in Aussicht: Die Umstrukturierung der entwicklungspolitischen Vorfeldorganisationen und die aktuellen Beschlüsse des Bund-Länder-Ausschusses.

Uwe Kekeritz

Der Wille ist da und Handeln dringend erforderlich. Doch der Weg zur kommunalen Entwicklungspolitik ist teils so steinig, dass nur echte ÜberzeugungstäterInnen aktiv werden oder den Kämmerer überzeugen. Zugleich steht in vielen der großen politischen Beschlüsse zu Entwicklungszielen (Agenda 21, MDGs), dass Armut, Hunger, weltweit zunehmende Migration und Klimawandel nicht von einer Regierung alleine oder nur von den Vereinten Nationen erfolgreich angegangen werden können. Es braucht einer gemeinsamen Kraftanstrengung, auch von den Kommunen. Die vorhandenen kommunalen Ressourcen werden von Bundesregierung und EU jedoch nur selten ausgeschöpft. Jetzt hat der Bund-Länder-Ausschuss immerhin ein Papier zur kom-

munalen Entwicklungszusammenarbeit verabschiedet. Basis waren die Beschlüsse der Ministerpräsidentenkonferenz. Wenn wir bei diesem Papier jedoch nicht genau aufpassen, entgeht uns erneut die Chance, als Kommunen endlich angemessen und handfest mitwirken zu können.

Grenzen der Bundesförderung müssen ausgelotet werden

Das durchaus differenzierte Papier zur kommunalen Entwicklungspolitik stieß jedoch auf einen zentralen Knackpunkt und umschiffte ihn gekonnt. Denn die Kommunen brauchen weit mehr als nur weitere Publikationen, Leitfäden und Webseiten. Auch der Ausbau von Beratungsangeboten, wie der „Servicestelle Kommunen in der Einen Welt“, sind hoch willkommen und dringend nötig. All dies reicht jedoch nicht aus. Um bis 2015 die MDGs zu erreichen, braucht es nicht nur absolut gesehen mehr Geld: Es müssen vor allem die Kooperationshemmnisse zügig aus dem Weg geräumt werden. Doch das aktuelle Papier vergibt nur einen Prüfauftrag zur Frage, wie der Bund auch die kommunale Entwicklungspolitik fördern kann.

Als mittelfränkischer Abgeordneter aus Fürth bin ich von der bayerischen Position enttäuscht: Drohte der Entschluss zunächst fast an Bayern zu scheitern, deuten Fußnoten darauf hin, dass sich das Land dem verstärkten Austausch und der Vernetzung mit den eigenen Kommunen widersetzen möchte.

Das Papier fordert ferner die Spitzenverbände auf, sich verstärkt mit ihren Mitgliedern auszutauschen. Damit lässt

sich auch einer kurzfristigen Perspektive wie der Bayerischen entgegen wirken: Städte und Kreise sollten eine solche Kommunikation aktiv bei ihrem kommunalen Spitzenverband einfordern. Und: es gibt ja schon viele Erfolgsgeschichten. Diese Initiativen sollten sich jetzt auch einmischen! Sie können verdeutlichen, wie erfolgreich und konkret kommunale Entwicklungspolitik sein kann.

Entwicklungszusammenarbeit bekommt eine neue Struktur

Das Entwicklungsministerium hat eine Strukturreform der deutschen Entwicklungszusammenarbeit angeschoben. Das parallel erarbeitete Konzept einer neuen Servicestelle für entwicklungspolitisches Engagement wurde jedoch in der breiten Öffentlichkeit kaum thematisiert. Diese neue und noch namenlose Servicestelle soll unabhängig von der neuen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit (giz) Anknüpfungspunkt für jegliche Aktivitäten von Kommunen und zivilgesellschaftlichen Organisationen werden und abgestimmt auf deren Arbeitsweise die Kooperation mit dem Ministerium bündeln.

Eine solche neue Servicestelle ist eine Chance, mit der sich die kommunale Entwicklungspolitik stärken ließe. So wird es sehr wichtig sein, dass diese Stelle von mit Kompetenzen ausgestatteten kommunalen VertreterInnen begleitet wird. Denn es darf nicht passieren, dass die Entwicklungspolitik in eine ganz neue Zweiklassen-Förderung zerfällt: Einmal die große Durchführungsorganisation giz, und dann die an kurzer Leine gehaltenen zivilgesellschaftlichen oder kommunalen Initiativen, ohne die es angeblich ja nicht geht, die aber eigentlich dann doch keine „echte“ Entwicklungspolitik machen, also auch nicht direkt gefördert werden. Eine solche Forderung nach direkter Beteiligung muss sowohl von uns Bundestagsabgeordneten als auch von kommunalen Initiativen an das Entwicklungsministerium herangetragen werden. Der beste Zeitpunkt ist, während die Reform noch umgesetzt wird – also jetzt.

⇒ MdB Uwe Kekeritz (Grüne) ist Mitglied im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie Vorsitzender des Unterausschusses Gesundheit und Entwicklung. Zuvor war er 14 Jahre im Kreisrat des Landkreis Neustadt/Aisch-Bad Windsheim. www.uwekekeritz.de

⇒ kurz erklärt

MDGs

2000 haben die Vereinten Nationen mit VertreterInnen von Weltbank, OECD und mehreren NGO's acht Millennium-Entwicklungsziele (Millennium Development Goals) formuliert, die bis 2015 erreicht werden sollen:

1. Bekämpfung von extremer Armut und Hunger
2. Primärschulbildung für alle
3. Gleichstellung der Geschlechter
4. Kindersterblichkeit senken
5. Müttersterblichkeit senken
6. HIV/Aids und Malaria bekämpfen
7. Ökologische Nachhaltigkeit
8. Struktureller Wandel zur Erreichung der formulierten Ziele